

# Geld regiert die Welt! Und was regiert Politik?

■ WILHELM GUGGENBERGER



Wilhelm Guggenberger lehrt Christliche Gesellschaftslehre an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck.

Wird in der Gegenwart der Stellenwert von Politik in der Gesellschaft diskutiert, währt es meist nicht lange, bis zwei Stichworte fallen: Bedeutungsverlust und Glaubwürdigkeitsverlust. Vorauszuschicken ist hier freilich, dass dabei gewöhnlich Politik in ihrem institutionalisierten Sinn gemeint ist, nicht aber im weiten Sinn der Gesellschaftsgestaltung. Neben möglicherweise verzerrter Wahrnehmung und generell zu erwartendem, latentem Misstrauen gegenüber den „Mächtigen“ hat der durch genannte Stichworte umrissene Befund durchaus ein Fundament in der Realität.

## Konturlosigkeit

Einen gewissen Bedeutungsverlust dürfte Politik gerade im europäischen Kontext durch eine zunehmende Konturlosigkeit der politischen Positionen erleiden. Die enorme Komplexität gesellschaftlicher Fragen in einer globalisierten Welt, macht es tatsächlich immer schwerer, klar umrissene Ziele und Lösungen zu präsentieren. Abgesehen davon, drängen sich die traditionellen politischen Parteien aber immer enger in der so genannten Mitte und vermeiden alles, womit sie sich exponieren könnten, um keinen potentiellen Wähler zu verlieren. Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe kritisiert diese Form des Populismus, die nur noch an Mehrheiten und kaum noch an Inhalten interessiert ist, als Verschwinden politischer Streitkultur. Wir verlieren die Möglichkeit, Konflikte zwischen unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen in einer kultivierten Art und Weise auszutragen. Die vorherrschende Harmonisierungstendenz, die die dramatischen Aspekte des Politischen kaschiert, provoziert allerdings kontraintuitiv Radikalismen an allen Rändern des politischen

Spektrums. Die verweigerte Gegnerschaft, in der die konfligierenden Parteien die Legitimität ihrer Opponenten anerkennen, auch wenn sie einsehen, dass es für den Konflikt derzeit keine Lösung gibt, schlägt mehr und mehr in Feindschaft um, die auch die Bereitschaft zur Verunglimpfung, ja Vernichtung des anderen einschließt. An dieser Stelle geht Politik im schlimmsten Fall schleichend in Terror über. Die politischen Systeme ihrerseits werden dadurch auf die Rolle der mehr und mehr Freiheit beschneidenden Sicherheitsmacht festgelegt.

## Macht der Wirtschaft

Zwischen einem keinerlei Kontur und Widerstand bietenden Diskurs der Gemeinplätze einerseits und einer polizeistaatlichen Überwachungs- und Abwehrpolitik andererseits scheint das gesellschaftliche Geschehen kaum noch durch politische Entscheidungen beeinflusst, geschweige denn gelenkt. Als dominierende, ja in vielen Fällen alternativlos zwingende Kraft erweist sich vielmehr die Ökonomie. Wie kommt es zu diesem Eindruck?

Freilich besteht die Funktion des ökonomischen Teilsystems der Gesellschaft in der Versorgung der Menschen mit dem existentiell Notwendigen. Insofern verfügt Wirtschaft immer über ein starkes Argument für die unabdingbare Bedeutsamkeit ihrer Interessen. Kann dies aber gerade in wohlhabenden Gesellschaften einen Primat der Ökonomie erklären? Wohl kaum, auch wenn zuzugestehen ist, dass ein Empfinden von Existenzangst weit jenseits tatsächlicher Existenzbedrohung aufzutreten vermag. Die Imagination eines möglichen gesellschaftlichen Absturzes, des drohenden Statusverlusts und der ökonomischen Notlage schürt in uns allen eine Sorge, die

wirtschaftlicher Logik gegenüber einer sozialen oder ökologischen immer den Vorzug zu geben geneigt ist.

Zwei Phänomene scheinen mir darüber hinaus aber wichtig, um die Ohnmacht von Politik gegenüber der Wirtschaft besser zu verstehen. Das eine ist stärker innerhalb des politischen Systems selbst angesiedelt. Der britische Sozialwissenschaftler Collin Crouch hat es jüngst unter den Titel Postdemokratie gefasst. Er beschreibt damit eine Situation, in der demokratische Strukturen zwar vorhanden sind, die eigentlichen Entscheidungen aber immer weniger in den demokratisch-politischen Institutionen gefällt werden. Sowohl die mediale Vermittlung politischer Botschaften, als auch das Bedienen entsprechender institutioneller Werkzeuge setzt ein finanzielles Potenzial voraus, über das nur wenige verfügen. So werden überwunden geglaubte Strukturen wiederbelebt, in denen zumindest das passive Wahlrecht an den Vermögensstand gebunden war. Nichtökonomische Interessen haben es so sehr schwer Repräsentation und Anwaltschaft zu finden. Derartige Phänomene haben durchaus mit der oben beschriebenen Banalisierung der Politik zu tun, durch die es immer weniger um zur Wahl stehende Positionen, als vielmehr um besseres Marketing geht. Um der notwendigen Investitionen in entsprechende Marktstrategien willen scheint sich das Politische mehr und mehr finanziellem Vermögen auszuliefern.

### Macht des Geldes

Daneben ist m.E. aber auch die enorm übersteigerte Bedeutung der Geldwirtschaft als Phänomen mit Auswirkungen auf Politik nicht zu unterschätzen. Hinter Geld steht seit der Antike Macht als lender of the last resort. Politik muss diese Rolle nach wie vor spielen, wie sich gerade in der jüngsten Krise Europas zeigt, obwohl sie kaum noch Einfluss auf die Geldmenge hat, und die global zirkulierenden Geldsummen die Budgets praktisch aller politischen Größen längst übersteigen. Geld wird heute nur noch zu geringem Teil von Notenbanken ausgegeben. Es entsteht im Creditsystem

der Banken und auf den internationalen Börsen, die längst dereguliert, also politischem Einfluss weitgehend entzogen sind. Aus Angst vor dieser Situation mühen sich Staaten und Staatsverbände wie die EU mit allen Mitteln um eine gute ökonomische Performance. Sie versuchen in einem etwas absurden Sinn, die besseren Unternehmer zu sein: Verträge für ihre Ökonomien an Land zu ziehen, Standorte zu sichern, mit Steuervorteilen und Sozialdumping zu locken etc. Tritt der Fall aber dennoch ein, dass das Geldwesen politische Unterstützung braucht, kann sich das politische Handeln nur als hilflos und kaum wirksam erweisen. Die Kraft zu wirksamem Eingreifen fehlt schon allein deshalb, weil die Chance zu internationaler, ja globaler Einigkeit gegenüber einem globalen Markt im ökonomischen Wettbewerb der Staaten untereinander vertan wurde. Zugleich leeren ökonomische Krisen aber die Staatskassen und zwingen die Politik zum Sparen, wodurch ihr Ansehen noch mehr sinkt.

Eine Reduktion der Macht der Ökonomie wird in Ansätzen nur gelingen, wenn einerseits die Realwirtschaft gegenüber der Bedeutung virtueller Zahlenwelten wieder an Boden gewinnt und es uns andererseits gelingt, die ökonomische Wachstumsdynamik in Richtung von Gleichgewichtssystemen zu entwickeln. Nur dort, wo ernsthaft Alternativen zum herrschenden Wirtschaftssystem entwickelt werden, kann dieses auch in Grenzen verwiesen werden. Das bloße Nein wird erst dann zum Argument, wenn der Leidensdruck unerträglich und die Katastrophe unausweichlich ist. Dann aber ist es gewöhnlich zu spät für vernünftiges Handeln. Es bedarf also der Phantasie und des Mutes zu strukturellen Veränderungen. Es bedarf aber auch zivilgesellschaftlicher Umdenkprozesse. Dazu gehört zuallererst eine Entmythologisierung des Geldes, mit der jede/jeder von uns bei sich selbst beginnen muss. Menschen, die der Faszination durch sich angeblich selbst vermehrende Werte erlegen sind, eignen sich schlecht als Souverän einer Politik, die einer aus dem Ruder gelaufenen Ökonomie Zügel anzulegen vermag. ■

■ Geld entsteht im Creditsystem der Banken und auf den internationalen Börsen, die längst dereguliert, also politischem Einfluss weitgehend entzogen sind.